

Reden und Taktieren

Die deutsche Tibetpolitik



Im deutschen Bundestag

Erst seit den achtziger Jahren ist Tibet ein Thema in der internationalen Politik, wenn man von wenigen Initiativen kurz nach dem Volksaufstand in Lhasa 1959 absieht. Das gilt auch für Deutschland. Es gibt mehrere Gründe, warum Tibet auf die politische Agenda kam. China selbst öffnete das Land, und westliche Besucher brachten authentische Berichte an die Weltöffentlichkeit, die für politischen Druck sorgten. Parallel dazu entwickelte sich ein enger Austausch zwischen den Tibetern in Tibet und im Exil.

Darüber hinaus gewann in vielen Staaten eine neue Generation von Politikern an Einfluss, die eine andere Politik forderten. Vor allem die Grünen Bundestagsabgeordneten Petra Kelly, Gert Bastian und Herbert Rusche machten Tibet zu einem Thema in der deutschen Politik. Chinesische Staatsbesuche oder deutsche Staatsbesuche in China wurden von nun an kritisch begleitet, die diplomatische Anbiederung an die Repräsentanten der Volksrepublik öffentlich angeprangert. Am 16. Juni 1986 lancierten die drei eine erste Bundestagsanfrage zu Tibet.

Schon damals zielte die Antwort der Bundesregierung darauf ab, die VR China nicht zu provozieren.

Ein Jahr später, im Juli 1987, besuchte Bundeskanzler Helmut Kohl im Rahmen einer Staatsvisite in der Volksrepublik China die tibetische Hauptstadt Lhasa. Die offene Anerkennung der chinesischen Ansprüche brachte dem Kanzler harsche Kritik ein. Helmut Kohl war der erste und bislang einzige amtierende Regierungschef, der Tibet offiziell einen Besuch abgestattet hat.

Tibet im Bundestag

Anlässlich der Reise gab Petra Kelly beim Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages eine Expertise zum völkerrechtlichen Status von Tibet in Auftrag. Dabei ging es insbesondere um die Frage, ob China einen Rechtsanspruch auf Tibet erheben kann. Die Wissenschaftler kamen zu einem eindeutigen Urteil: „China hat keinen wirksamen Gebietstitel erworben, weil dem das Grundprinzip des aus dem Gewaltverbot hervorgehenden Annexionsverbots entgegensteht.“ Leider hat sich keine deutsche Bundesregierung jemals diese Einschätzung zu eigen gemacht.

Als 1987 in Tibet Demonstrationen gewalttätig niedergeschlagen wurden, beantragten die Grünen eine Aktuelle Stunde im Bundestag. Ein Antrag zu den „Menschenrechtsverletzungen in Tibet“ wurde am 15. Oktober von allen Fraktionen einstimmig angenommen. Es war die erste Resolution des Deutschen Bundestags zu Tibet. Die Bundesregierung wurde darin aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass „den Belangen des tibetischen Volkes verstärkt Beachtung geschenkt wird“.

Im April 1989 initiierten Kelly und Bastian die erste parlamentarische Anhörung zu Tibet. Zwar war es (noch) keine offizielle Anhörung des Bundestages, aber sie fand in den Räumen des Parlaments statt und zog Abgeordnete von anderen Parteien

sowie Experten und Parlamentarier aus Großbritannien und Indien an. Eine Buchdokumentation „Tibet klagt an“ hielt die Aussagen und die Ergebnisse fest.

Auch nach dem Tod von Petra Kelly und Gert Bastian am 1. Oktober 1992 blieb Tibet ein Thema. Am 5. Mai 1995 beugte sich Bundesaußenminister Klaus Kinkel dem allgemeinen Druck und empfing als erster Minister offiziell den Dalai Lama. Die an sich begrüßenswerte Initiative hatte einen seltsamen Beigeschmack, denn als der Dalai Lama dem Außenminister den traditionellen Khatag (Begrüßungsschal) überreichen wollte, wies dieser die Geste brüsk zurück.

Gut einen Monat später erlebte das politische Tibet-Engagement einen seiner Höhepunkte. Am 19. Juni 1995 organisierte der Auswärtige Ausschuss eine offizielle Anhörung zu Tibet, zu der als Hauptredner der Dalai Lama geladen war. Alle Beiträge wurden anschließend in einer Dokumentation veröffentlicht.

Darüber hinaus flossen die Anregungen der Anhörung in eine Resolution ein, die der Bundestag am 23. April 1996 verabschiedete. Sie stellte klar, dass der „völkerrechtliche Status Tibets streitig geblieben ist“. Daraus entwickelten die Abgeordneten weit reichende Forderungen an die Bundesregierung, sich gegenüber der VR China dafür einzusetzen, dass jede Politik eingestellt wird, „welche die Zerstörung der tibetischen Kultur zur Folge haben kann, wie z. B. die planmäßige Ansiedlung von Chinesen in großer Zahl“.

Das Tibet-Engagement in den neunziger Jahren wurde nicht zuletzt durch den Ehrenvorsitzenden der FDP und jahrelangen Präsidenten der Friedrich Naumann-Stiftung, Otto Graf Lambsdorff, geprägt. Besondere Brisanz hatte ein von der Naumann-Stiftung organisiertes und finanziertes Treffen der weltweiten Tibet-Solidaritätsgruppen vom 14. – 17. Juni

Reden und Taktieren

Die deutsche Tibetpolitik

1996 in Bonn. Die Konferenz sollte mit 300.000 DM durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert werden. Dagegen legte jedoch das Auswärtige Amt unter Lambsdorffs Parteifreund Kinkel sein Veto ein, denn es sah eine „erhebliche Gefährdung der außenpolitischen Interessen“, da die Konferenz gemeinsam „mit der sich selbst so nennenden Regierung Tibets im Exil“ veranstaltet wurde. Graf Lambsdorff blieb hart, die Konferenz fand ohne den Zuschuss statt – und anschließend musste die Friedrich Naumann-Stiftung ihr Büro in Peking schließen. Weitere Treffen dieser Art fanden in Prag, Brüssel und Budapest statt, die auch von der Friedrich Naumann-Stiftung unterstützt wurden.

Verpasster Richtungswechsel

Nach der Machtübernahme der rot-grünen Koalition 1998, machte Bundeskanzler Gerhard Schröder, wie sein Vorgänger Helmut Kohl, China zur Chefsache und ordnete alles den Wirtschaftsbeziehungen unter. Er pflegte ausgesprochen freundschaftliche Beziehungen zu den Diktatoren in Peking und bemühte sich intensiv, wenn auch vergeblich, das Waffenembargo der EU aufzuheben, das nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz 1989 verhängt worden war. Schröder war einer der wenigen westlichen Regierungschefs, der ein Treffen mit dem Dalai Lama vermied. Dafür war sein Stellvertreter, Außenminister Fischer, zuständig. Der nahm im Gegensatz zu seinem Vorgänger Kinkel den traditionellen Begrüßungsschul an – doch das war's auch schon an Neuem. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt erklärte er, die Bundesregierung stehe mit ihrer Chinapolitik für Kontinuität. Tibet werde als ein integraler Bestandteil Chinas betrachtet, alle Unabhängigkeitsbestrebungen würden als Separatismus angesehen und nicht unterstützt. Damit war die wichtigste Forderung Chinas erfüllt. Insgesamt traf Joschka Fischer dreimal mit dem Dalai Lama zusammen, und zwar am 16. Juni 1999, am 30. Mai 2003 sowie am 16. Juni 2005. Im November 1999 regte der Bundeskanzler einen deutsch-chinesischen

Rechtsstaatsdialog an. In der Folgezeit lehnte die rot-grüne Regierung jede Forderung nach Erwähnung der Menschenrechtsverletzungen bei Staatsbesuchen mit dem Hinweis auf diesen Dialog ab, obwohl es dabei weitgehend um Verwaltungs-, Handels- und Wirtschaftsrecht geht, und Tibet tabu ist. Eine andere Initiative war der deutsch-chinesische Menschenrechtsdialog. Er wurde jedoch 1998 auf Drängen der Chinesen eingestellt, weil sich eine solche Gesprächsrunde auf EU-Ebene institutionalisiert hatte. Im Rahmen des Rechtsstaatsdialogs, der bis heute fortgesetzt wird, nahmen beide Seiten schließlich 2003 die Gespräche über die Menschenrechte wieder auf.

Am 18. April 2002 organisierte der Deutsche Bundestag erneut eine Anhörung zu Tibet, die am 22. April in einer weiteren Resolution ihren Ausdruck fand. Im Gegensatz zu der von 1996 blieb die neue Resolution sehr vage, obwohl keine der Forderungen von 1996 erfüllt worden war.

Die Haltung der Parteien zu Tibet kam in diversen Anfragen zum Ausdruck, die die TID jeweils vor den Wahlen 1998, 2002 und 2005 durchführte (Einzelheiten: www.tibet-initiative.de). Alle Parteien sind der Meinung, sich für Tibet einzusetzen und in China das Bestmögliche bewirkt zu haben, wobei eine deutliche Zurückhaltung in den Äußerungen der jeweiligen Regierungsparteien festzustellen ist. Vorbei sind die Zeiten, als die Grünen sich an herausragender Stelle für Tibet engagierten. Im Tibet Gesprächskreis sind nur wenige grüne Abgeordnete vertreten. Öffentliche Äußerungen zu Tibet kommen in erster Linie von Abgeordneten der FDP, die 2005 eine kleine Anfrage zu Tibet initiierte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel durchbrach nach ihrem Amtsantritt im November 2005 die opportunistische Tradition ihrer Vorgänger. Bereits als Oppositionsführerin hatte sie den Dalai Lama empfangen, und sie ließ sich ungeachtet chinesischer Drohungen sowie der Warnungen nahezu ihres gesamten Beraterstabes nicht davon abbringen, das tibetische Oberhaupt auch als Kanzlerin zu empfangen. Besonders bemerkenswert

an dem Treffen vom 23. September 2007 war, dass es nicht abseits der politischen Bühne stattfand, sondern an ihrem Arbeitsplatz im Kanzleramt. Die Spitze der SPD verweigert nach wie vor jede Solidarität mit Tibet. Obwohl es Tradition hat, dass der Dalai Lama vom Außenminister empfangen wird, ist Frank-Walter Steinmeier dazu nicht bereit.

Dagegen bekennen sich die Ministerpräsidenten Roland Koch und Jürgen Rüttgers klar zu Tibet und dem Dalai Lama. Koch sorgte bereits 1995 dafür, dass der Dalai Lama erstmals eine Rede vor einem deutschen Parlament, dem hessischen Landtag, halten konnte; auch als Regierungschef seines Landes trifft er das tibetische Oberhaupt regelmäßig. Auch die meisten Bundestagspräsidenten – darunter Annemarie Renger, Rita Süßmuth, Wolfgang Thierse und Nobert Lammert – haben den Dalai Lama häufig empfangen.

Kein Land hat der Dalai Lama inzwischen so häufig bereist wie Deutschland – sein Besuch bei der TID im Mai 2008 war der 34.; Zwischenstopps am Frankfurter Flughafen nicht mitgerechnet. Mehrfach hat er bekundet, schon als Kind, beim Studium alter Landkarten aus dem Nachlass seines Vorgängers, habe er eine emotionale Beziehung zu Deutschland aufgebaut.

Impressum:

2. aktualisierte Auflage 2008
Herausgeber: Tibet Initiative Deutschland e. V.
Greifswalder Str. 4; 10405 Berlin;
Tel. 030-42081521, Fax: 030-42081522
e-mail: office@tibet-initiative.de

Spendenkonto:
Kto.-Nr. 3242303,
Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 100 205 00

Gemeinnützigkeit anerkannt.

Mitgliedsbeiträge und Spenden sind steuerlich begünstigt.

www.tibet-initiative.de